

ORFNÖ 28.11.2019, Fischotter NÖ

## Land erlaubt Tötung von 50 Fischottern

**Die Landesregierung hat beschlossen, dass bis 2023 jährlich 50 Fischotter getötet werden dürfen. Ziel ist, das ökologische Gleichgewicht zu erhalten. Die Umweltschutzorganisation WWF kritisiert das Vorgehen und startete eine Petition.**



Der Fischotter ist in Niederösterreich wieder heimisch. Nach Angaben des Landes Niederösterreich wird das auch so bleiben. „Die Population hat sich im Verlauf der letzten zehn Jahre auf mittlerweile über 1.000 Individuen verdoppelt“, heißt es von Seiten des Landes. Das bringe aber auch Probleme: Die Schäden in der Teichwirtschaft würden steigen. Zudem seien auch Tierarten, wie Koppe, Bachforelle, Flussperlmuschel und Edelkrebs gefährdet, da sie vom Fischotter gefressen werden.

Daher wurde von der Landesregierung nun eine Verordnung beschlossen, wonach 50 Fischotter jährlich getötet werden dürfen. Diese Verordnung gilt bis 2023. „Diese Anzahl wird die Entwicklung der Gesamtpopulation nicht schwächen, soll aber gewisse Teiche von den Tieren freihalten“, heißt es vom Land Niederösterreich.

### **Umweltanwalt: „Gut begründet und rechtlich in Ordnung“**

Die Tiere dürfen nur von November bis Februar rund um traditionelle Teichwirtschaften und nur durch Jagdausübungsberechtigte abgeschossen werden. „Die Entnahmemöglichkeit von Fischottern in der Teichwirtschaft in der vorgeschlagenen Menge ist gut begründet und rechtlich in Ordnung“, sagte Umweltanwalt Tom Hansmann zum Beschluss.

Die Umweltschutzorganisation WWF kritisiert die Verordnung scharf. Man sehe den Naturschutz Erfolg in Gefahr. Die Organisation startete eine Petition gegen die Tötungen. Die Fischotter würden laut WWF

Wildfischbestände gesund halten und eine wichtige Rolle als „Gesundheitspolizei“ im Ökosystem spielen.

„Aus Tierschutzsicht sind Fischotter-Tötungen nicht nur höchst problematisch, sondern ohne vernünftigen Grund laut Tierschutzgesetz verboten. Paarungen sind ganzjährig möglich. Wird eine säugende Fischotter-Mutter getötet, bleiben ihre Jungtiere zurück und verenden elendiglich“, heißt es auf der Homepage des WWF. Die Umweltschutzorganisation fordere von der Politik „naturschutzfachlich und rechtlich korrekte Lösungen, die Mensch und Natur im Einklang miteinander leben lassen.“